

Textilfabrik heraus. Während sich die ältere Generation der Frauen stärker mit ihrer Zugehörigkeit zum Werk identifizieren konnte, standen für die Jüngeren eher der schlechte Ruf des Werks und die schlechten Arbeitsbedingungen im Vordergrund. Zwar war es im untersuchten Betrieb für Frauen möglich, in Führungspositionen aufzusteigen, doch betraf dies in erster Linie die Älteren, was die losere Betriebsbindung der Jüngeren noch unterstützte. Ebenfalls auf die Frage der Generationen hebt Georg Wagner-Kyora in seinem theoretisch fundierten Beitrag über Karbidarbeiter in Schkopau ab. Er versucht, nach einer eingehenden Diskussion von Generationen- und Klassenkonzepten in Anlehnung an Bourdieu, anhand von IM-Berichten Fremd- und Selbstzuschreibungen der Karbidarbeiter zu verfolgen und darüber „generationenspezifische und möglicherweise klassenübergreifende“ Erfahrungszusammenhänge (347) herauszuarbeiten. Der abschließende Beitrag von Claus Christ fällt thematisch und methodisch insofern aus dem Rahmen des Sammelbandes, als seine lesenswerte Skizze des Umweltschutzes in der DDR-Chemieindustrie eher auf die Planungen der politischen Führung und deren unzulängliche Umsetzung auf der Betriebsebene abzielt, weniger aber auf diesbezügliche innerbetriebliche Abläufe.

In der Gesamtperspektive bietet der vorliegende Band wichtige und anregende Beiträge zur Unternehmens- und Arbeitergeschichte der chemischen Industrie der DDR und darüber hinaus. Gerade deshalb wäre es allerdings wünschenswert, zukünftig stärker vergleichende Studien, etwa der west- und ostdeutschen Chemieindustrie, zu erarbeiten. Die Anregungen der eher theoretisch angelegten Beiträge des Bandes lassen sich nicht nur für die Sozialgeschichte der DDR auf weitergehende Forschungen anwenden. Insbesondere zur Geschichte der Chemiarbeiter in der Bundesrepublik lassen sich hier wohl noch Vertiefungen erwarten, die im Vergleich mit der DDR interessante Ergebnisse zutage fördern werden.

Stefan Moitra

Kommunisten nach dem Zweiten Weltkrieg

Till Kössler: Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945–1968, Düsseldorf: Droste Verlag 2005, 499 S., 64,80 €.

Zweimal mussten die Kommunisten in Westdeutschland Abschied nehmen von dem Glauben an die unmittelbar bevorstehende sozialistische Revolution: 1933, als ihre totalitären Konkurrenten der NSDAP in ihrer „nationalen Revolution“ siegten und die Kommunisten zu Verfolgten und Gejagten wurden und zum zweiten Mal in der Bundesrepublik nach 1945, als die Überlebenden aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen des NS-Regimes glaubten, ihre Stunde sei gekommen. Kurzzeitig wurden sie von der englischen Besatzungsmacht im Ruhrgebiet, dem Kern der kommunistischen Milieus im Westen Deutschlands, als antifaschistische Aufbaupartei behandelt. In der SBZ zeichneten sich schnell die Konturen eines von den Kommunisten geführten Teilstaates ab. Die KPD unterstützte diesen „antifaschistisch-demokratischen“ Neuanfang im Osten.

Als sich die deutsche Teilung verfestigte und der interalliierte Konflikt, anders gesagt der Kalte Krieg in und um Deutschland 1947 begann, wurde die KPD im Weststaat zum

„Fremdkörper“. Der zweite Abschied von der Revolution in den Arbeiterquartieren der Ruhrgebietsstädte unter den Industriearbeitern der Montanindustrie verlief nicht so lebensbedrohend wie der erste. Die Mitglieder der KPD differenzierten und ihre Anhänger verließen sich; die restlichen Getreuen integrierten sich in den „SED-Kosmos“ und die hauptamtlichen Funktionäre der Partei wurden zu „Managern“ der SED-Interessen in Westdeutschland. All diese Prozesse hat Till Kössler überzeugend beschrieben. Er hat damit alles andere als eine herkömmliche Parteigeschichte vorgelegt, in der die parteiinternen Führungskämpfe, die politischen Linienwechsel und die Instrumentalisierung der westdeutschen Kommunisten durch die SED im Mittelpunkt stehen. Sein im Grundsatz sozialgeschichtlicher Ansatz geht über diese politische Geschichte der Partei hinaus und damit hat er einen Beitrag zur „Gesellschaftsgeschichte des Kalten Krieges“ in Deutschland geleistet. Durch seinen methodischen Ansatz kommen vor allem die Interaktionen zwischen Kommunisten, ihren Gegnern und Feinden ebenso in den Blick, wie der Politikwechsel der britischen Besatzungsmacht, die ab 1947 die deutschen demokratischen Parteien und in ihrer Besatzungszone namentlich die SPD aktiv unterstützt, um den politischen Einfluss der KPD in den Kommunen, den Gewerkschaften, den Jugendverbänden und in den Vereinigungen der Verfolgten des Nazi-Regimes systematisch zurück zu drängen. Entscheidend für das Schicksal der KPD wird die Auseinandersetzung um die Einheitsgewerkschaft zu Beginn der 1950er Jahre. Ausgehend von der deutschlandpolitischen Generallinie der SED, die Westintegration der Bundesrepublik und die damit zusammenhängende „Remilitarisierung“ zu verhindern, sollte die KPD ab 1951 in den Betrieben Streiks und Demonstrationen, auch gegen den Willen der gewählten Gewerkschaftsvorstände im DGB und seinen Einzelgewerkschaften auslösen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen wurden als „Handlanger“ des amerikanischen Imperialismus seitens der KPD gebrandmarkt. In der Montanindustrie und ihren Gewerkschaften im Ruhrgebiet vertrat unmittelbar nach dem Krieg die KPD die politischen Interessen einer starken Minderheit der Industriearbeiterschaft. Viele Betriebsräte in der IG Metall und der IG Bergbau und Energie zählten zu ihren Mitgliedern auf lokaler Ebene und Kommunisten waren in den Gewerkschaftsvorständen auf lokaler Ebenen fest verankert. Die seitens der SED verfolgte Strategie, mittels solcher Aktionen die Stabilisierung der Bundesrepublik und die „Remilitarisierung“ zu verhindern, schien nicht völlig aussichtslos zu sein. Die KPD konnte eine weit verbreitete Stimmung gegen die „Wiederaufrüstung“ für ihre Politik nutzen, aber sie war keine Partei an der Macht. Kössler zeigt, dass entgegen der Selbstdarstellung und der Feindbilder der Anti-Kommunisten die KPD alles andere als eine „disziplinierte Kampfpartei“ war. Er zeigt weiterhin, wie sich unter dem Druck der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten vor Ort und in den Betrieben die Partei segmentierte, Mitglieder verlor und sich viele kommunistische Betriebsräte dem „Parteizugriff“ entzogen. Ein Beispiel ist der Betriebsratsvorsitzende Otto Sommerfeld aus Gelsenkirchen, dem die KPD vorwarf, er betreibe im Betrieb seine eigene Politik, die auf die politischen Unterschiede in der Belegschaft Rücksicht nehme. Die Antwort an seine Partei führte zum Bruch mit der KPD: „Wenn ich alles durchführe, was die Partei will, bin ich keine drei Monate mehr im Betrieb“. Er bestand darauf, er habe als Gewerkschaftsfunktio-

när die Beschlüsse seines Verbandes zu respektieren. Genau auf diesen Loyalitätskonflikt vieler aktiver kommunistischer Gewerkschafter setzte die Abwehrstrategie der Sozialdemokraten im Kampf um den DGB als Einheitsgewerkschaft.

Der DGB-Bundesvorstand beschloss im Sommer 1951 die Anregung des SPD-Politikers Siegfried (Sigg) Neumann, der selbst aus der KPD kam, aufzugreifen, den hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären aus den Reihen der KPD einen Revers vorzulegen, der sie zur Loyalität gegenüber den gewählten Vorständen und den Beschlüssen ihrer Gewerkschaft verpflichtete. Unterschrieben sie diesen Revers, blieben sie Funktionäre im DGB, wurden aber aus der KPD ausgeschlossen. Die Partei forderte von ihren Mitgliedern, die Unterschrift zu verweigern. Erst 1954 korrigierte die KPD diesen „Fehler“. Der Kampf um die Hegemonie im DGB, den die SED der KPD gegen die Proteste ihrer Verantwortlichen für die Gewerkschaftspolitik 1951 aufzwang, endete mit einer folgenschweren Niederlage: Die KPD verlor alle gewerkschaftlichen Entscheidungspositionen. Der DGB beteiligte sich politisch auch an der umfassenden „Kriminalisierung“ kommunistischer Politik in dieser Gründungsphase der Bundesrepublik, die im KPD-Verbot 1956 gipfelte.

Das vorliegende Buch ist ein Beitrag zur deutschen Teilungsgeschichte und beseitigt auch einen weißen Fleck in der Geschichte des DGB. Dieser Kampf um die Einheitsgewerkschaft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten wird von manchen Historikern gern ausgeblendet. Kösslers Untersuchungszeitraum reicht bis 1968, als sich eine gewandelte welt- und innenpolitische Situation in der Bundesrepublik ergab. Damals wurde auch das politische Strafrecht liberalisiert, welches unter dem Eindruck des Korea-Krieges und der SED-Propaganda zum Sturz der westdeutschen Regierung Anfang der 1950er Jahre geschaffen wurde. Die westdeutschen Kommunisten konnten sich durch die Neukonstituierung der Deutschen Kommunistischen Partei politisch relegalisieren und die Westdeutschen hatten ihre Kommunisten wieder. Die schnörkellose Sprache und das abgewogene Urteil sowie die Empathie mit Menschen, die an den sich widersprechenden Loyalitätsanforderungen von Partei, ihrem kommunalen Umfeld oder ihrem gewerkschaftlichen Milieu zerbrachen, lässt die Frühgeschichte der Bundesrepublik im Ruhrgebiet aus der Perspektive der Industriearbeiterschaft, ihrer Politiker und Organisationen lebendig werden. Der Schwerpunkt von Kösslers Analyse liegt auf der Phase der grundlegenden Weichenstellungen des Weststaates, die geprägt wurden durch den Ost-West-Konflikt, die damit verbundene innerdeutsche Systemauseinandersetzung zwischen zwei Teilstaaten, die die KPD als Partei der kommunistischen Alternative führte, wie sie im SED-Staat realisiert wurde. In dieser Systemauseinandersetzung zwischen zwei weltpolitischen Lagern, in die die beiden deutschen Staaten integriert waren, hatte ein westdeutscher Kommunismus keine Chance. Kössler hat ein eindrucksvolles Buch über ein abgeschlossenes Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte vorgelegt, das nüchtern darstellt was war und das auch frei sein kann von der parteiischen Leidenschaft der Kombattanten von damals.

Manfred Wilke